

GÖTTINGER BLÄTTER

11.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Nein zum Militarismus, nein zum Gauck-Besuch!

Am 23.09.2014 eröffnete der Bundespräsident Joachim Gauck in der Göttinger Lokhalle den diesjährigen Historikertag. Ein kleines Bündnis bestehend aus der SDAJ, der Linkspartei, der DKP und der VVN-BdA nahm diesen Präsidentenbesuch zum Anlass, mit zwei Protestkundgebungen auf die vom höchsten Vertreter des deutschen Staates propagierte Kriegspolitik, seinen Militarismus und Geschichtsrevisionismus einzugehen.

Zu diesem Zwecke hatte die SDAJ zwei Versammlungen angemeldet. Die erste Kundgebung fand von 14:00-15:45 vor dem Alten Rathaus am Gänseliesel statt. Dort hielten Gerd Nier (VVN-BdA; abgedruckt in Göttinger Blätter 10-2014), Dr. Peter Strathmann (Linkspartei) sowie die SDAJ Redebeiträge. Zwischen den einzelnen Reden wurden antimilitaristische und antifaschistische Lieder abgespielt. Die SDAJ verteilte zudem Flugblätter, auf denen die Passanten über Zweck und Anlass dieser Kundgebung unterrichtet wurden. Zum Abschluss der Kundgebung am Gänseliesel wurde aus aktuellen Anlass noch ein Redebeitrag eines SDAJ-Genossen verlesen, in welchem gegen die Waffenlieferungen und den beabsichtigten Kriegseinsatz deutscher Militärs in Syrien und im Irak protestiert wurde. Dabei wurde deutlich gemacht, dass auch dieser geplante Kriegseinsatz mal wieder

unter einer humanitären Maske geführt wird und dass die ISIS, die heute (zu recht) als Terroristen bezeichnet werden, vor wenigen Wochen von deutscher Seite noch als „Freiheitskämpfer“ im Krieg gegen die syrische Bevölkerung angesehen und unterstützt wurden.

Von 16:45 bis 18:00 fand eine zweite Kundgebung statt in der Nähe der (polizeilich abgesperrten) Lokhalle, und zwar am Mahnmal für die Zwangsarbeiter, die während des deutschen Faschismus in Göttingen Sklavenarbeit verrichten mussten. Von hier aus wurden die zur Lokhalle strömenden Gäste der Gauck-Veranstaltung mit Musik, Transparenten, Fahnen und Flugblättern über die Kriegstreiberei und den Militarismus, welche derzeit am aggressivsten vom Bundespräsidenten postuliert werden, aufmerksam gemacht. Auf der Straßenbrücke, die am Bahnhof vorbeiführt, wurde zudem in Richtung des Bahnhofseingangs eine Losung aufgehängt, die für alle aus dem Bahnhofsgelände gut sichtbar war: „Kämpferischer Widerstand gegen Gauck und dieses Vaterland!“ Zum Abschluss der Kundgebung wurde der Redebeitrag der VVN-BdA noch einmal gehalten.

Die kurzfristig organisierten Proteste gegen Gauck hätten zwar mehr Teilnehmer verdient, sie haben aber auch so gezeigt, dass die derzeitige, immer aggressiver werdende Außenpolitik und die sie begleitende Kriegsrhetorik auch in Göttingen nicht kommentarlos hingenommen werden. Es ist gerade einmal 100 Jahre her, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg vom Zaune brach, und 75 Jahre, dass von Deutschland der Zweite Weltkrieg ausging. Aber die Herrschenden heute wollen uns wieder an ihren Krieg und Militarismus gewöhnen. Drum: Seid wachsam und lasst euch nicht vergauckeln!



im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Nein zum Gauckbesuch!	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Bezahlbares Wohnen in Göttingen	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
Wohnungsnot in Göttingen	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Ukrainekonflikt	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2014
ist der 21. November.
Auslieferung am 27. November.

► 9.-November- Gedenken

Auch dieses Jahr wird am 9. November der Reichspogromnacht in Göttingen gedacht. Um 18:00 beginnt die traditionelle Gedenkveranstaltung am Mahnmal am Platz der Synagoge. Das diesjährige Schwerpunktthema lautet „Ludolf Katz - Ein Jude in Schwarz und Gelb“, mit dem an den jüdischen Amateurfußballer Ludolf Katz aus Göttingen erinnert wird, der aufgrund der Arierparagraphen 1933 aus dem SC Göttingen 05 ausgeschlossen wurde. Die Gedenkveranstaltung wird dieses Jahr gestaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen, der Supporters Crew 05 e.V. sowie der Stadt Göttingen.

Im Anschluss um 19:05 wird im Saal über dem FanRaum der Supporters Crew 05 e.V. (im alten DGB-Haus, Obere Maschstr. 10, neben dem Mahnmal) der

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Emil Carlebach – Leben eines Antifaschisten und Kommunisten

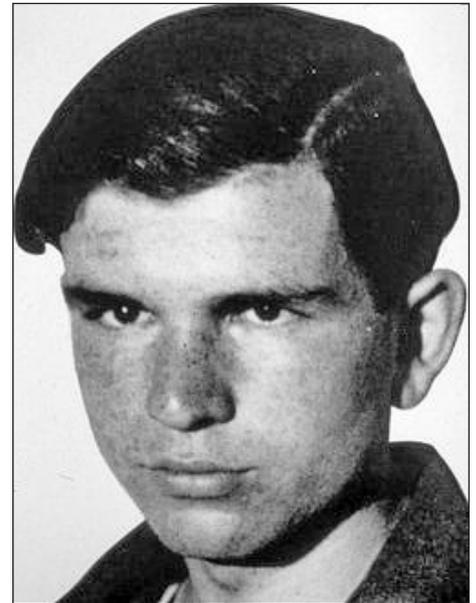
Veranstaltung mit Ulrich Schneider und Lena Carlebach

Dienstag, 02.12.2014, 19:00 Uhr
Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Kooperation mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Am 10. Juli 2014 wäre der 2001 verstorbene Emil Carlebach 100 Jahre alt geworden. Aufgewachsen in einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Frankfurt am Main trat er 1931 in den Kommunistischen Jugendverband ein und wurde aktiv ge-

gen die aufkommende Nazi-Bewegung. Auch nach 1933 beteiligte er sich am antifaschistischen Widerstand, wurde verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald gesperrt. In Buchenwald war er Teil der Leitung des illegalen antifaschistischen Lagerkomitees und aktiv an der Selbstbefreiung des Lagers im April 1945 beteiligt. Nach 1945 wurde er Mitgründer der Frankfurter Rundschau sowie der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Bis ins hohe Alter engagierte er sich aktiv gegen Faschismus und Militarismus.



Über sein Leben und Wirken werden Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA und Geschäftsführer der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, sowie Lena Carlebach, Enkelin von Emil Carlebach, berichten.

► Oradour – Geschichte eines Massakers der Waffen-SS

Lesung mit der Journalistin und Autorin Florence Hervé

Mittwoch, 03.12.2014, 18:00 Uhr
Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und das Bildungswerk ver.di

Als „Vergeltungsaktion“ für Partisanenüberfälle ermordete die 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“ am 10. Juni 1944 die Bevölkerung des kleinen französischen Dorfes Oradour-sur-Glane. 642 Menschen, darunter 207 Kinder, fielen diesem Massaker zum Opfer. Das Dorf wurde



anschließend von der SS niedergebrannt. Es gab lediglich sechs Überlebende. Heute ist es eine Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstands. Während in Frankreich Oradour für jeden ein Begriff ist, wird in Deutschland nur selten an dieses Massaker erinnert.

Florence Hervé beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Terroraktionen der deutschen Besatzer in Frankreich und insbesondere auch mit dem Fall Oradour. Gemeinsam mit dem Fotografen Martin Graf hat sie dieses Jahr in deutscher Sprache ein Buch zum Massaker von Oradour-sur-Glane herausgegeben, aus welchem sie Passagen lesen wird.



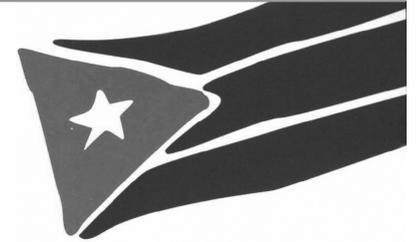
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Am Dienstag, den 18. November 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Auslandseinsätze:

► Kuba schickt Ärzte – der Westen Soldaten

07.10.2014: 165 kubanische Ärzte und Krankenpfleger sind nach Freetown in Sierra Leone geflogen (Foto), um die tödliche Plage Ebola zu bekämpfen. Weitere 296 Spezialisten aus Kuba sollen folgen. Das meldet die Süddeutsche Zeitung (6.10.14) und fügt hinzu: „Das keineswegs wohlhabende Land mit seinen elf Millionen Einwohnern schickt mehr Mediziner nach Westafrika als viele reiche Industriestaaten“. Die Londoner Times stellt fest: Kuba stelle „mehr Ärzte als Großbritannien und Australien zusammen“. Und Peter Burghardt (SZ) ergänzt: „Und mehr als die USA, die Kuba seit einem halben Jahrhundert boykottieren“.

Die USA – 316 Millionen Einwohner; BIP pro Kopf das Siebenfache von Kuba – wollen 3 bis 4000 US-Soldaten nach Liberia und andere betroffene Staaten verlegen. Offenbar kann sich die Militär-Supermacht selbst die Bekämpfung einer Seuche nur noch mit Soldaten vorstellen. Ärzte und medizinisches Personal sind nicht vorgesehen. Die Militär-Truppe soll 17 Behandlungsstationen und ein Lazarett für an Ebola erkranktes medizinisches Personal errichten. Zudem sollen die GIs an 400.000 Familien in Liberia Schutz- und Präventionspakete verteilen. Bisher sind aber erst 200 Soldaten in der liberianischen Hauptstadt Monrovia, um das „Hauptquartier“ für die Militärmission einzurichten.

Auch die schwarz-rosa Koalition in Berlin plant lieber Militär-Interventionen in Serie als humanitäre Missionen. Kaum ist die Waffenlieferung für zig-Millionen Euro samt Auszubildern an die Peschmerga angelaufen und Deutschland damit zur Kriegspartei geworden, wird schon der

nächste Auslandseinsatz der Bundeswehr geplant: Im nordirakischen Erbil soll eine Ausbildungseinheit stationiert werden. Weiter geht's nach Osteuropa, auf kampferprobtes Gelände für deutsche Soldaten. Angeblich auf Wunsch der OSZE sollen in der Ostukraine deutsche Drohnen des Typs „Luna“ zur Überwachung der russisch-ukrainischen Grenze und des Waffenstillstands eingesetzt werden. Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag: „Wenn man nicht neutral ist, kann man keine Waffenruhe kontrollieren“. Stutzig macht auch das Personal: 150 Soldaten zur Bedienung einer paar Drohnen und 50 bewaffnete Fallschirmjäger, die gerade in der Ukraine böse Erinnerungen wecken, zu deren „Schutz“.

Derweil erweisen sich die deutschen Zusagen zum Ebola-Einsatz bislang als leere Versprechen. 300 Krankbetten und 5000 deutsche Helfer waren von Kriegsministerin von der Leyen in Aussicht gestellt worden. Kein Mensch aber weiß wo die 300 Betten herkommen sollen, der Sanitätsdienst der Bundeswehr will nur 50 installieren. Ähnlich bei den personellen Zusagen, wo ebenfalls bisher nichts konkretes geschehen ist. „Ärzte ohne Grenzen“ kritisiert lautstark die Versäumnisse der Bundesregierung. Drei bis vier Wochen brauche man, bis der Einsatz begonnen werden könne, erklärte von der Leyen Ende September. Der Präsident von „Ärzte ohne Grenzen“, Tankred Stöbe: „Es geht um Stunden und Tage ... Das, was bisher schon versäumt wurde, ist dramatisch“. Selbst wenn Deutschland das erfüllt, was es zugesagt hat, reicht es nach Ansicht Stöbes bei weitem nicht. Die Ebola-Seuche drohe außer Kontrolle zu geraten.

Stöbe: „Vor unseren Stationen spielen sich jeden Tag grausame Situationen ab: Wir müssen Kranke abweisen, Kinder sterben vor unseren Kliniken“.

Hier könnte Deutschland wirklich einmal „Verantwortung“ für die Welt zeigen. Wo bleibt hier die Ruck-Predigt des präsidialen Pastors im luxuriösen Schloß Bellevue zu wirklich humanitären Interventionen, zum Einsatz von Krankenpflegern statt Kampftruppen, zur Lieferung von Medikamenten statt Munition?

Das kleine sozialistische Kuba macht den Industriemetropolen vor, wie Auslandseinsätze zum Wohle der Menschen aussehen können: Mediziner, die kranken Menschen helfen, Siege für das Leben erringen, nicht für den Tod. Laut SZ sollen „50.000 (kubanische) Experten in 66 Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas tätig sein“. Kubanische Augenärzte operieren in Lateinamerika im Rahmen der „Operation Wunder“ Millionen Linsen und Netzhäute – für die Patienten umsonst. Das verstaatlichte Gesundheitssystem Kubas gilt als eines der besten der Welt – trotz US-Boykott und Devisenmangel, wodurch die Anschaffung manch wichtiger medizinischer Geräte und Pharmaka nicht möglich ist. Die medizinische Versorgung ist kostenlos, Lebenserwartung und Kindersterblichkeit haben westeuropäisches Niveau. Gab es vor der Revolution 1959 in Kuba kaum 6000 Ärzte, so sind es heute 77.000 Ärzte plus 15.000 Zahnärzte und 88.000 Krankenpfleger. 20.000 junge Menschen studieren Medizin auf Kuba. „Das Heer weißer Kittel bekommt einen Ehrenplatz in unserer Geschichte“, versprach Raúl Castro bei der Verabschiedung der medizinischen Helfer für Westafrika und drückte jedem die Hand (Foto).



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ TTIP und CETA verhindern!

Beginn der Unterschriftensammlung

Im Jahr 2015 soll die größte Handels- und Investitionszone aller Zeiten, das TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), offiziell installiert werden. Dies wäre verheerend.

TTIP würde die Demokratie in ihrem Nerv treffen.

Den internationalen Investoren sollen Sonderklagerechte eingeräumt werden, so dass sie gegen jede politische Maßnahme, die ihre Profitaussichten schmälert, Schadensersatz geltend machen können, wie demokratisch auch immer die neuen Gesetze zustande kamen.

TTIP wäre das Ende gewerkschaftlicher Tätigkeit, wie wir sie kennen.

In den USA und der EU sollen dieselben Handels-, Investitionsschutz und Arbeitsnormen gelten. Die USA aber haben grundlegende Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation nicht ratifiziert.

TTIP hätte schwere Folgen für die Versorgung mit öffentlichen Gütern.

TTIP will vorschreiben, bisher öffentlich produzierte Güter internationalen Investoren zu überlassen und das Rückgängigmachen von Privatisierungen unterbinden.

TTIP würde die Konfliktlinien in der Welt weit aufreißen.

Zutreffend nannte Hillary Clinton TTIP „die ökonomische Nato“. Die gegenüber den Schwellenländern zurückfallenden „alten Metropolen“ wollen ihre globale Führungsstellung halten und wieder ausbauen.

Die ökonomische und die militärische Nato würden sich in ihren aggressiven Rollen gegenseitig stützen.

TTIP und CETA verhindern

Rund 250 Organisationen aus 22 EU-Mitgliedsstaaten haben sich zum Bündnis „Stop TTIP“ zusammengeschlossen und sammeln im Internet und auf den Straßen Unterschriften für die Forderung, die Verhandlungen mit den USA über TTIP zu stoppen und CETA nicht zu ratifizieren. CETA ist der kleine Bruder von TTIP, ein bereits fertiges Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU.

Online unterschreiben: <https://www.attac.de/sebi>

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 04. November, 20.00 Uhr

Widerstand gegen TTIP. Veranstaltung mit Conrad Schuler im Holbornschen Haus (siehe Ankündigung)

Dienstag, 11. November, 20.00 Uhr

Wie können wir zum Widerstand gegen TTIP in Göttingen beitragen?

Dienstag, 25. November, 20.00 Uhr

Bildungsthema: 3 Quellen und 3 Bestandteile des Marxismus. Hier: Dialektischer Materialismus.

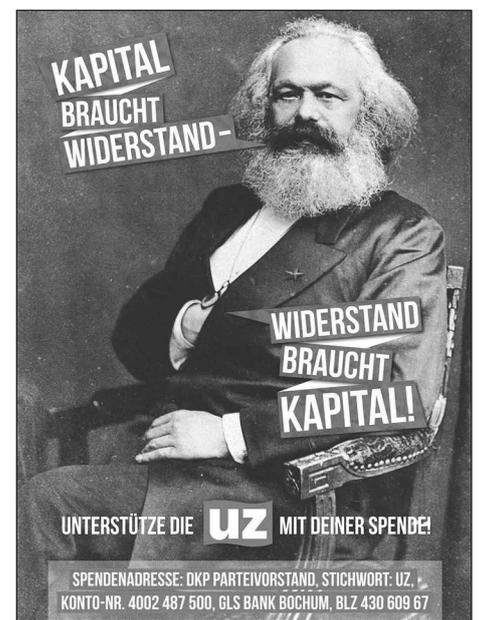


▶ TTIP

Weg mit der Demokratie, hoch die globale Dominanz der USA und Europas

Vortrag und Diskussion mit Conrad Schuler, isw München

Dienstag, 4. November 2014 – 20:00 Uhr
im „Holbornschen Haus“, Rote Str. 34 in Göttingen



► Menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen ist ein elementares Grundrecht!

Göttingen ist Spitzenreiter für Mietpreise in Niedersachsen. Studenten/innen ohne reiche Eltern im Hintergrund und Geringverdiener/innen haben praktisch keine Chance mehr auf bezahlbaren Wohnraum. Gebaut wird kräftig, aber nur noch im sogenannten hochpreisigen Segment (s. Leinevillen, Windausweg, Leinebogen etc.) Möglichkeiten, wie

z.B. die Nutzung öffentlicher Immobilien wie des ehemaligen IWFs werden zugunsten privater Investoren leichtfertig vergeben. Und so bleiben Appelle der Sozialdezernentin an die privaten Hausbesitzer übrig, doch bitte Flüchtlinge und Studenten aufzunehmen.

Von der studentischen Wohnrauminitiative wurde ich Anfang Oktober

gebeten, eine Demo unter dem Motto „Wohnraum für alle“ für den 25. 10. anzumelden. Wenn bei Erscheinen der Göttinger Blätter die Demo auch schon stattgefunden hat, so scheint es doch angebracht, auszugsweise den Aufruf der Veranstalter auch noch nachträglich zu veröffentlichen.

Gerd Nier

Aufruf der Wohnrauminitiative und mehrerer Hochschulgruppen:

► Wohnraum für Alle! Für das Recht auf Stadt und bezahlbare Wohnungen

Sehr geehrte GöttingerInnen, Studierende und Wohnungsuchende

Mal wieder beginnen an der Universität die Semester, an schwarzen Bretten und auf Internetforen werden Wohnungen gesucht und es gibt wenig Wohnraum. Wenig Wohnraum für wenig Geld, wenig bezahlbare Mehrzimmer-Wohnungen und lange Wartelisten für Wohnheime des Studentenwerkes. Aktuell schlafen Leute in Notunterkünften oder in ihren Autos.

Es wird Zeit für ein bezahlbares Leben in der Stadt einzustehen und sich nicht in Appellen an die Politik zu erschöpfen, sondern Wohnraum zu schaffen. Notunterkünfte, wie sie von den Wohnheimen, die in der Wohnrauminitiative vernetzt sind, selbst organisiert werden, können nicht der Endpunkt in öffentlichen Diskurs um Wohnraum sein. Wohnheimplätze mit Eigenverantwortlichkeit der Bewohner sollten gefördert werden und, sofern nötig, durch die Betroffenen selbst durchgesetzt werden.

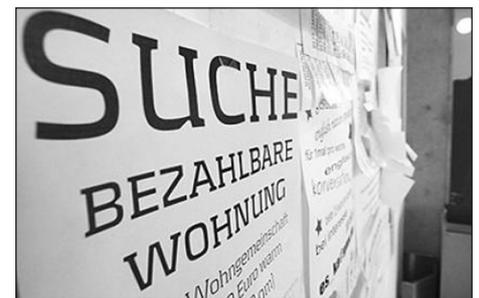
Für Göttingen als Universitätsstadt ist dies keine neue Situation, schon in den 1970ern mussten mehr als 300 Studierende in Autos schlafen und fanden kaum ein Quartier. Leerstand führte zu Besetzungen, die zur Zwischennutzung im Rahmen des „Göttinger Modells“ teilweise an das Studentenwerk Göttingen vermietet wurden und heute immer noch als Wohnräume genutzt werden.

Neu ist der Mangel an Wohnraum genauso wenig für Menschen mit weniger Einkommen oder Familien, die von den enormen Preisen in der Innenstadt in wei-

ter außerhalb liegende Wohnviertel verdrängt werden. Die Preise für Wohnungen in Göttingen liegen seit Jahren deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts. (...) Und die Statistiken zeigen eine Mietpreissteigerung von 17% in den Jahren 2010 bis 2013, gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 13 %, obwohl weder das Einkommen der EinwohnerInnen adäquat steigt noch die Studierenden signifikant mehr Geld zur Verfügung haben. Dass sich die überbelegten Wohnungen noch vermieten lassen, liegt an der großen Nachfrage und so wird alles vermietet: „Der Wohnungsmarkt in Göttingen und Rosdorf ist zur Zeit ein Vermietermarkt“ (Wohnungsgenossenschaft Göttingen 2013, S. 44).

Derweil freut sich die Universität über hohe Studierendenzahlen und kündigt Verträge mit dem Studentenwerk, um Instituten und neuen Einrichtungen mehr Platz zur Verfügung zu stellen - die Geiststraße 10 wird 2010 entmietet und steht seit Jahren leer. Besetzungen und Begehungen durch Studierende wurden schnellstmöglich beendet und so steht das Gebäude leer, 60 Wohnplätze bleiben ungenutzt.

Das Studentenwerk hingegen hat, statt Wohnplätze zu schaffen, Verträge in den letzten Jahren gekündigt oder stillschweigend nicht verlängert, um seine Bilanz aufzupolieren. So der Abriss des Emma Goldmann Hauses 2009, die Aussetzung des Mietvertrages mit der Stadt für die Bühelstraße 28 im Jahr 2012, der Abriss der Theodor-Heuss-Str. 13 und zuletzt der Verkauf der Lohmühle.



Gleichzeitig werden günstige große Wohnhäuser und Wohngemeinschaften in ihrer Freizügigkeit, was interne Verteilung der Wohnheimplätze und Hauskultur angeht, massiv vom Studentenwerk eingeschränkt. Abmahnungen wegen Transparenten an der Hausfassade oder einer Katzenleiter sind keine Seltenheit für die betroffenen Studierenden. (...)

Nachdem es Universität und Studentenwerk über Jahre verpasst haben, der steigenden Zahl internationaler Studierender mit einer angemessenen Wohnraumpolitik zu begegnen, sollen nun ausgerechnet diejenigen verdrängt werden, die sich in all diesen Jahren für bezahlbaren Wohnraum für alle (!) eingesetzt haben?! Diesen schamlosen Missbrauch der misslichen Lage internationaler Studierender und die Etablierung einer künstlichen Konkurrenz zwischen Studierenden machen wir nicht mit. Der Vereinzelung der Leute in wahllos zusammengestellten Wohnsituationen setzen wir eine integrative, lebendige Wohnkultur entgegen - bei uns ist jederR willkommen!

Ein Anfang kann es sein mit uns auf die Demonstration am 25.10.2014 zu kommen und sich für bezahlbaren Wohnraum zu engagieren und die Stadt mit Leben zu füllen!

Kommt alle – bunt – laut und entschlossen um 14 Uhr zum Wilhelmsplatz.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung im November

Montag, 17. November 2014, 19 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, 37073 Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Satzungsändernder Antrag „Beschlussfähigkeit der Organe des KV Göttingen“
3. Satzungsändernder Antrag „Protokolle“
4. Anträge zur „WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke“
5. Antrag „Kostenübernahme Verfahren OV Hann.Münden“
6. Stimmungsbild Fusion KV Göttingen und KV Osterode
7. Kommunikation und Umgangsformen im KV
8. Behandlung der vertagten Anträge
9. Verschiedenes

Kreismitgliederversammlung im Dezember

Montag, 15. Dezember 2014, 19 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, 37073 Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Beschluss Fusion der KVs Göttingen und Osterode
4. Nachwahl KassenprüferIn
5. Wahl der Delegierten zum Landesausschuss
6. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag/zur Landesdelegiertenkonferenz
7. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Montag, 24. November, 19 Uhr, Rotes Zentrum, Saal Haus 3
Schwerpunktthema: ökologischer Sozialismus (mit Eckhard Fascher)

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 5. November, 19.30 Uhr im Balkan grill, Masch 25, Rosdorf

OV Hann. Münden, OV Dransfeld und OV Bovenden: Bitte bei den Kontaktpersonen (Adressenspalte rechts) nachfragen

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Montag, 17. November, 18 Uhr, Rotes Zentrum

Veranstaltungsreihe Roter Salon:

Epochenbruch und kommunaler Sozialismus

Montag, 1. Dezember, 19 Uhr, Holbornsches Haus, Rote Str. 34; Göttingen

Hat die heutige Krise tiefere Auswirkungen als die „Große Depression“ 1873 oder die Weltwirtschaftskrise 1929? Manfred Sohn nimmt an, dass das kapitalistische System diesmal die Krise nicht überleben kann und an seiner eigenen Produktivität gleichsam erstickt. Den Ausweg aus der drohenden Barbarei könne nur ein neuer Sozialismus bilden, der aber aufgrund der heutigen wirtschaftlichen und technologischen Bedingungen dezentrale Formen annehmen müsse. Die Macht solle an demokratisch gewählte Räte in den Betrieben und Kommunen übergeben.

Eine weitere Veranstaltung des Roten Salon auf Seite 11

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen:

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial: In der vergangenen Ratssitzung hatten wir einen eigenen Antrag zu bezahlbarem Wohnraum, sowie zwei interfraktionelle Anträge zur Unterstützung der Kommunen bei der Flüchtlingsbetreuung und zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung vor TTIP, CETA und TISA. Die kurdische Studentenorganisation machte auf die schrecklichen Zustände in der Stadt Kobane aufmerksam und erbat die Solidarität des Göttinger Stadtrates.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Antrag zur Ratssitzung am 17.10.2014 „Bezahlbarer Wohnraum für alle – Selbstverwaltungsstrukturen stärken“

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

Seit Jahren ist die Lage auf dem Göttinger Wohnungsmarkt angespannt. Göttingen rangiert in Niedersachsen

in der absoluten Spitzengruppe, was die Miethöhen angeht. Bezahlbarer und frei verfügbarer Wohnraum außerhalb von Verhältnissen wie in den Einheiten Groner Landstr. 9 a/b ist so gut wie nicht vorhanden. Verschärfend kommt hinzu, dass die Bezieher staatlicher Transferleistungen und nach Göttingen strömende Studierende auf dem Wohnungsmarkt konkurrieren... (in Gänze nachzulesen unter [www. http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/](http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/))

Dass es immense Probleme auf dem Göttinger Wohnungsmarkt gibt, wird selbst von den anderen Fraktionen nicht geleugnet, allerdings erkennt die CDU/FDP-Gruppe keine Notwendigkeit einer Vermeidung von Konkurrenz zwischen Studierenden und ALGII-Empfänger/innen, da es keine solche Konkurrenz gäbe. In seiner Rede stellte der Fraktionsvorsitzende Patrick Humke klar, dass diese Konkurrenz unbedingt vermieden werden muss, dass die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Studentenwerk und Wohnungsbaugenossenschaft zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unerlässlich ist und dass insbesondere auch die Selbstverwaltungsstrukturen der Studierenden erhalten werden müssen. Diesbezüglich war bereits am 14.10. ein Durchbruch unter maßgeblicher Mitwirkung von Patrick Humke erzielt worden.

Interfraktioneller Antrag (ohne CDU/FDP) für den Rat am 17.10.2014 Schutz der kommunalen Selbstverwaltung vor den Handelsabkommen CETA,TTIP,TISA

Der Rat möge beschließen:

Der Rat setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz der Daseinsvorsorge und der Kultur- und Bildungspolitik ein.

Der Rat beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen um die gegenwärtig hinter verschlossenen Türen verhandelten Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen für die Kommunen nach sich ziehen könnten. Das betrifft die Auftragsvergabe, die Gestaltung der regionalen Energieversorgung, dem Umweltschutz, der Unterstützung der Kultur wie Theater, Büchereien, Volkshochschulen, der Tarifgestaltung und der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der Stadt und der städtischen Unternehmen... (komplett unter http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/)

Auszug aus der Rede des finanzpol. Sprechers der GöLi-Ratsfraktion Torsten Wucherpfennig: „...Die Kommunen könnten bei Inkrafttreten der Verträge einen großen Teil ihrer politischen Gestaltungsmacht verlieren – ob bei Mietpreisbremsen, Gewerbeansiedlungen, öffentlichen Krankenhäusern oder der Abfallbeseitigung...Ein weiteres drohendes Problem ist die zu befürchtende Privatisierung kommunaler Leistungen. Zahlreiche öffentliche Dienstleistungen könnten privatisiert werden. Egal ob Müllabfuhr, soziale Einrichtungen, Strom- und Wasserversorgung oder sogar Krankenhäuser: All diese Bereiche könnten von amerikanischen Firmen übernommen werden. Eine Rekommunalisierung solcher Dienste wäre sogar strafbar. Daraus folgt ganz kompromisslos, dass die Verhandlungen über die Abkommen transparenter gestaltet werden müssen, und genau darum geht es in diesem Antrag!!!“

(komplett unter http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/reden_und_antraege/)

„Solidarität mit Kobane“ In der Bürgersprechstunde wurden die Zustände in der umkämpften Stadt Kobane dargelegt und die Solidarität des Rates eingefordert. Fraktionsübergreifend versicherte der Rat, solidarisch zu sein. Konkrete Forderungen nach einer Städtepartnerschaft und Spenden lehnte der OB jedoch mit der Begründung fehlender Infrastruktur vor Ort ab. Civar Akad (Ratsherr der GöLi) sprach noch einmal für die Menschen in Kobane und nachdem ein Sprecher der kurdischen Studentenorganisation dem Rat zusagte Adressen für Spenden und Ansprechpartner für eine Partnerschaft zu nennen, sagte der OB zu, sich nach Erhalt darum zu kümmern.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

▶ Wohnrauminitiative kontra Studentenwerk

Im Oktober drohte die Situation zu eskalieren. Die Göttinger Linke hatte dabei die Wohnrauminitiative mit folgender Pressemitteilung von Gerd Nier unterstützt, die wir hier gekürzt wiedergeben:

Das sind schon „schwere Geschütze“, die das Studentenwerk in Person von Professor Magull da auffährt: Die Androhung von Exmatrikulation und Strafanzeigen gegen die Bewohner der Humboldtallee 9 als Sanktionen gegen die Studenten, die u.a. für die neu ankommenden Erstsemester, die aktuell kein Zimmer auf dem engen und teuren Göttinger Wohnungsmarkt bekommen können und denen auch das Studentenwerk nicht helfen kann, ein Camp als Übergangsmöglichkeit eingerichtet haben. ...

Es war bisher ein lange praktiziertes Recht der Bewohner einiger kleinerer Wohnheime, dass sie bei der Auswahl der Neubezieher ein Mitwirkungs- und Vorschlagsrecht hatten. Dies war mit dem damaligen Geschäftsführer des Studentenwerks Günter Koch Ende der 1970-er Jahre ausgehandelt worden.

Erinnern wir uns. Wenn sich damals nicht Studenten/innen für die Erhaltung und Nutzung der Häuser am Kreuzberggring stark gemacht hätten und durch Demos – und letztlich auch durch die Besetzung – deren Erhalt gesichert hätten, wären nach dem Willen des Stadtrates längst alle Häuser zugunsten einer gigantischen Straßenplanung abgerissen worden. Erinnern wir uns, wenn nicht die Bewohner/innen der Bühlstraße 8 gegen den Verkauf ihres kleinen Wohnheimes vor Kurzem protestiert hätten und die Göttinger Linke sie im Rat unterstützt hätte, wäre das Haus, das das Studentenwerk nicht mehr betreiben und die Stadt verkaufen wollte, längst Geschichte. Immer wieder haben sich studentische Wohnraumininitiativen nicht nur für die Belange studentischen Wohnens eingesetzt, sondern auch für die anderer Bevölkerungsgruppen, die von dem Mangel an bezahlbaren Wohnraum betroffen waren und sind. So wollen sie sich auch am 25. Oktober dieses Jahres für die Interessen von Flüchtlingen, Hartz-IV-Bezieher/innen und Geringverdiener/innen einsetzen. Eine bunte Demo soll es werden, die Gerd Nier für die Wohnrauminitiative und andere Veranstalter angemeldet hat.

Immer wieder wird von Seiten der regionalen Politiker betont, dass verschiedene Formen des Zusammenlebens, verschiedene Lebensentwürfe ihren Raum erhalten sollen und müssen. Warum also jetzt wieder mal der Versuch, alte Vereinbarungen, langjährig praktizierte kollektive Wohnformen aufzukündigen und zu zerstören. Der Hinweis, für ausländische Erasmus-Studenten/innen Platz zu schaffen, die i.d.R. nur relativ kurze Zeit in Göttingen verweilen, dürfte vorgeschoben sein und wirkt deshalb eher perfide, weil damit versucht wird, ausländische Studenten/innen gegen die



Humboldtallee 9 (Foto: <http://www.inventati.org/ali/>)

Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft
GöLinke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Helmut Nebel,
Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

19. November, 19.00 Uhr

Neues Rathaus, Raum 112

Thema: Ausländerpolitik der Stadt Göttingen. Eingeladen: je ein Vertreter der Stadtverwaltung und des Integrationsrates

▶ Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

In einer E-mail aus dem September teilte Doreen Wohlrab mit, dass sie mit sofortiger Wirkung aus dem SprcherInnenkreis zurücktritt.

.....

engagierter jetzigen Bewohner und die Wohnraum-Initiative auszuspielen. Es wäre sinnvoll und an der Zeit, dass das Studentenwerk die angebotene Lösung, das Haus an einen Verein zu vermieten ernsthaft aufgreift und aufhört mit Drohgebärden auf die berechtigten Belange und Forderungen der Bewohner/innen des Gebäudes in der Humboldtalle einzugehen.

Zur Einschätzung einer möglichen Regierungsbeteiligung in Brandenburg dokumentieren wir eine positive Stellungnahme der Parteivorsitzenden Katja Kipping und die kritische Position der Brandenburger Linksjugend solid.

Linksjugend [,solid] Brandenburg.

► Soziales Brandenburg?

Damit sich was ändert! vom 13.10.2014

Wir haben das Ziel, die Gesellschaft solidarisch, demokratisch und ökologisch zu verändern. Auch und gerade der Koalitionsvertrag muss auf diesen Anspruch hin überprüft werden, wenn Regierungsbeteiligung nicht zum Selbstzweck verkommen soll.

Auch wenn wir 2009 die Regierungsbeteiligung ablehnten, haben wir als Jugendverband der Partei DIE LINKE in den vergangenen Jahren die Arbeit der Rot – Roten Landesregierung kontinuierlich kritisch begleitet, Themen eingebracht und uns an den innerparteilichen Diskussionen beteiligt.

Der damals angestrebte Politikwechsel hat nicht in dem erhofften Umfang stattgefunden. Angesichts eines Stimmverlustes von 8,6% muss konstatiert werden, dass viele Menschen im Land das ähnlich sehen.

Regierungspolitik beinhaltet immer Kompromisse. Wir fragen uns jedoch, inwiefern die im Koalitionsvertrag gefundenen Vereinbarungen grundlegende Positionen der LINKEN und ihrer gesellschaftlichen Partner_innen überhaupt noch darstellen.

DIE LINKE hat ihre Basis in sozialen, antifaschistischen und ökologischen Grundwerten. Diese Grundwerte müssen

in der konkreten Regierungsvereinbarung ausreichend erkennbar sein. Aus unserer Sicht gibt es im Vertragswerk Chancen in folgenden Punkten:

- Erhöhung des Kita-Personalschlüssels und neue Berufe in der Kita-Personalverordnung
- mehr praktisch didaktische Ausbildung für Lehramtsstudierende
- die Möglichkeit zur Bildung von Schulzentren
- Berufsausbildung mit Abitur
- bessere Bezahlung studentischer Mitarbeiter_innen
- Forderung nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie des Flughafenverfahrens und der Residenzpflicht
- fortschrittliche Netzpolitik

Dem stehen allerdings Positionen gegenüber, die aus unsere Sicht nicht akzeptabel sind:

- Keine kritische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz
- Verstetigung der automatischen Kennzeichenfahndung und der Videoüberwachung
- unhinterfragte Fortführung der Staatskirchenverträge

- Bekenntnis zu Welzow Süd II sowie eine Verknüpfung der Frage der Braunkohleverstromung mit der Entwicklung der bundesweiten Energiewende
- Das Ziel der Inklusion bleibt hinter den Vorgaben der UN Behindertenrechtskonvention zurück
- 100 neue Schulsozialarbeiter_innen sind nicht ausreichend
- keine Schaffung zusätzlicher Stellen für Schulpsycholog_innen
- Festhalten am Regelabitur in 12 Jahren
- zu starke Fokussierung auf Leistung und Wirtschaftlichkeit in der schulischen Bildung (ungerechte Leistungskomponente im Schüler-Bafög, Festhalten am Konzept der Leistungs- und Begabungsklassen)
- unrealistisch hohe Hürden bei der Bildung von Schulzentren
- Verstetigung der neoliberalen Ausrichtung der Hochschulen statt Entmilitarisierung und Demokratisierung
- fehlende Unterstützung alternativer Kulturangebote bei gleichzeitiger Fortführung der Unterstützung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- fehlende Modelle für den Netzausbau, die Taktverdichtung und den Einstieg in den fahrscheinlosen Personennahverkehr
- eine auf die Totalitarismuskritik ausgegerichtete Erinnerungskultur

Wir begrüßen, dass DIE LINKE Brandenburg die Entscheidung über den Koalitionsvertrag in die Hände ihrer Mitglieder legt.

Nach reiflicher Abwägung kommen wir zu dem Schluss, dass der Koalitionsvertrag an zu vielen Punkten den Positionen der Linksjugend [,solid] Brandenburg und der LINKEN nicht entspricht. Vor diesem Hintergrund können wir die Empfehlung für eine Annahme des Koalitionsvertrages im Mitgliederentscheid nicht aussprechen.

Die Anwesenden der 18. LMV & Der Landesprecher_innrat der Linksjugend [,solid] Brandenburg

10. Oktober 2014 **Katja Kipping:**

► Für ein sozialeres Brandenburg

Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, erklärt angesichts der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages in Brandenburg:

Der ausgehandelte Koalitionsvertrag verspricht: 4.300 neue Lehrerinnen und Lehrer, Verkleinerung der Gruppen in den Kitas, zumindest die Ermöglichung von ge-

meinsamem Lernen von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss, eine frühzeitige Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingskindern in das Brandenburger Bildungssystem – es geht voran mit der Bildungsgerechtigkeit in Brandenburg.

Die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs werden in der kommenden

Legislaturperiode zudem eine verbesserte soziale Dienstleistungskultur erleben: Der Personalabbau bei der Polizei wird faktisch gestoppt, alle Krankenhausstandorte bleiben erhalten, der Hochschuletat wird jährlich um fünf Millionen Euro erhöht. Auch ein zusätzliches Investitionsförderprogramm im Umfang von 230 Millionen Euro zur Stärkung der Infrastruktur wird ab 2015 aufgelegt. Herzlichen Glückwunsch an die Brandenburger LINKE für diese Verhandlungsergebnisse im Sinne der sozialen Infrastruktur und der Bildungsgerechtigkeit.

DIE LINKE. *Kreistagsinfo* aktuell

Nr. 17 - Oktober 2014

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die Kreistagssitzung am 10. Oktober stand wie immer zum Herbstanfang im Zeichen der Haushaltseinbringung, bei der sich gezeigt hat, dass es gegenwärtig anscheinend größere Handlungsspielräume zu geben scheint. Wichtige und auch längerfristig angelegte Grundsatzentscheidungen gab es nicht nur bei der Regelung der Finanzbeziehungen zwischen Stadt und Landkreis Göttingen, sondern auch in der Schulpolitik.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 12 – Hells-Angels-Treffen und geplanten Neonazi-Aufmarsch in Güntersen verhindern

Nachdem sich der Adebleser Ortsteil Güntersen in jüngster Zeit bereits zu einem Treffpunkt der berüchtigten Hells-Angels-Rockerbande entwickelt hatte, hat nun die neofaschistische Partei „Die Rechte“ für den Februar nächsten Jahres einen Aufmarsch in diesem Ort angekündigt. DIE LINKE übernahm die Initiative und beantragte eine Resolution, die dann in veränderter Fassung von allen Kreistagsparteien als interfraktioneller Antrag eingebracht wurde. In dieser tritt der Kreistag für Vielfalt und Toleranz ein und wendet sich gegen die antidemokratische Ideologie der Neonazis.

Um deutlich zu machen, dass der gesamte Kreistag in dieser Frage mit einer Stimme spricht, ergriff Landrat Reuter für alle das Wort und machte zudem deutlich, dass die Verwaltung sich darum bemühen werde, ein Verbot des Neonazi-Aufmarsches zu erwirken.

Der Günterser Ortsbürgermeister und Kreistagsabgeordnete Hasselmann bedankte sich für die einmütige Unterstützung aus den Reihen des Kreistages.

TOP 14 – Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Stadt und Landkreis Göttingen

Nachdem es durch den besonderen Status Göttingens zwischen einer kreisfreien und einer kreisangehörigen Stadt zu immer neuen aber völlig unbefriedigenden Vereinbarungen mit dem Kreis gekommen war, sollen die Finanzbeziehungen Beider nun auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Die Neuregelung beinhaltet im Wesentlichen, dass die Stadt in den Fällen, in denen sie wie eine kreisfreie Stadt handelt, auch finanziell entsprechend behandelt wird; ansonsten bleibt sie aber generell umlagepflichtig. Dort, wo die Stadt Kreisaufgaben wahrnimmt, bekommt sie einen einklagbaren Anspruch auf Kostenerstattung.

Für die SPD-Fraktion nannte der Abgeordnete Grothey diese Lösung auch gleich historisch, die Opposition war dagegen deutlich zurückhaltender. Für die CDU ist hier lediglich ein „Waffenstillstand“ eingetreten, aber kein „Frieden“.

DIE LINKE erkennt jedenfalls an, dass der „Reinhäuser Graben“ nun zugeschüttet wurde, was, wenn schon nicht historisch, doch zumindest sachgerecht gestaltet wurde.

TOP 22 - Vereinbarung über ein gemeinsames Schulangebot in Stadt und Landkreis Göttingen

Zum Schuljahresbeginn 2015 soll es nach den Planungen in Göttingen keine Haupt- und Realschulen mehr geben. Sämtliche Kinder, deren Eltern dies wünschen, können eine Gesamtschule besuchen. Mit dem ausdrücklichen Segen des Landes werden die Haupt- und Realschulen in Göttingen auslaufen.

Aus Sicht der LINKEN ist diese Entwicklung grundsätzlich natürlich positiv. Gleichwohl gibt es auch einige Kritikpunkte. Die Forderung nach kompletter Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems – und damit auch der Gymnasien – die Eckhard Fascher in seiner Rede vorbrachte, wird von den übrigen Fraktionen überhaupt nicht erhoben. SPD und Grüne trauen sich an die Gymnasien nicht heran, weiter rechts ist die Sicht der Dinge ohnehin eine völlig andere.

Zudem ist zu bedenken, dass die Plätze in den neu zu schaffenden Gesamtschulklassen wohl nicht ausreichen werden. Die fehlenden Kapazitäten könnten aber nur zu Lasten der Gymnasien geschaffen werden. DIE LINKE hält vor allem daran fest, dass im Altkreis Münden eine neue IGS zu schaffen ist. Die beste Lösung wäre hierbei, sowohl in Dransfeld wie in Hann. Münden endlich eine IGS zu realisieren.

TOP 23 – Bau einer Radweganschlussverbindung Flütherwehr – Niedernjesa

Um die Radwegeverbindung zwischen Göttingen einerseits und Obernjesa/ Niedernjesa und dem Rosdorfer Baggersee andererseits zu verbessern, beantragte DIE LINKE gemeinsam mit den Piraten den Bau einer kleinen Brücke über die Rase am Ortsrand von Rosdorf.

Diese bescheidene Ansinnen wurde gerade von der rotgrünen Verwaltungsspitze völlig überzogen als Großprojekt mit zu erwartenden Kosten von nahezu ½ Million € dargestellt und daher von allen Fraktionen abgelehnt. DIE LINKE wird ungeachtet dessen das Projekt weiter verfolgen.

Spendenaktion der Göttinger Linkspartei:

► Solidarität mit Rojava

Seit Mitte September ist Kobanê – die mittlere der drei selbst befreiten Regionen von Rojava (kurdischer Name für Syrisch-Kurdistan) einem umfangreichen Angriff durch die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ausgesetzt.

Mitten im syrischen Bürgerkrieg haben die Einwohner von Rojava ein demokratisches Modell aufgebaut. In diesem leben verschiedene Ethnien und Religionen Syriens friedliche zusammen und Frauen sind gleichberechtigt. Die Wirtschaft wird solidarisch aufgebaut und Entscheidungen werden durch rätedemokratische Strukturen getroffen.

Seit Beginn der Konflikte hat sich die LINKE solidarisch gezeigt: In Göttingen wurde ein Solidaritätscamp von Kurdlinnen und ihren UnterstützerInnen von Genossinnen und Genossen mitgetragen und maßgeblich unterstützt. Der Kreisverband hat am 13. Okt. zudem eine Erklärung herausgegeben, in der die Unterstützung des IS durch die Türkei kritisiert- und die Unterstützung des demokratischen Gesellschaftsmodell in Rojava gefordert wird. Auch fordert die LINKE die Anerkennung des Rechts auf militärische Selbstverteidigung Rojavas, einen humanitären Korridor in die demo-

kratischen Kantone, sowie die Unterstützung der Flüchtlinge.

Am 15. und 18. Oktober wurde am Gänseliesel, dem Ort des Protestcamps, warme Tomatensuppe an Passanten verteilt. Dabei konnten für die Menschen in Rojava Spenden gesammelt werden.

(Die Kosten wurden durch die Partei übernommen, der Erlös wird komplett gespendet und auf Parteiwerbung wurde verzichtet.)

Kreissprecher Christoph Filler in seiner Rundmail: „Wir wollen praktische Solidarität zeigen und auf die Straße gehen, damit die Weltöffentlichkeit ihre Augen nicht vor dem drohenden Massaker verschließen kann. Neben unserer Solidarität brauchen die Menschen in Rojava und Kobanê aber auch unsere direkte finanzielle Hilfe.“

► Kreisfusion und Kreisverbände

Mit der nächsten Wahlperiode am 1.11. 2016 wird die Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode vollzogen und damit dann ein neuer Kreis Göttingen mit rund 320.000 Einwohnern gebildet. DIE LINKE hatte diese Fusion abgelehnt.

Diese Landkreisfusion bleibt nicht ohne Folgen auch für die beiden Kreisverbände der LINKEN. Unter anderem werden im

Frühjahr 2016 eine gemeinsame Kreistagsliste zu wählen und anschließend ein gemeinsamer Wahlkampf zu führen sein. Daher wird auch bereits seit längerem zwischen beiden Kreisverbänden diskutiert, die Fusion beider Verbände deutlich vorzuziehen.

Aus Göttinger Sicht erscheint es sinnvoll, den Zusammenschluss mit dem Ablaufen der verkürzten Wahlperiode des

jetzigen KSR zu vollziehen. Bei einem Zusammenschluss im Juni 2015 hätte ein neuer KSR genügend Zeit, das Zusammenwachsen des dann mehr als 200 Mitglieder umfassenden Kreisverbandes zu organisieren und Listenaufstellungen und Kommunalwahlkampf vorzubereiten.

Geplant ist nach vorbereitenden Gesprächen mit dem KV Osterode im Dezember die jeweiligen Beschlüsse zu fassen, damit dann beim nächsten Landesparteitag der Zusammenschluss beider Kreisverbände beschlossen werden kann.

Veranstaltungsreihe Roter Salon:

► Was ist Anti-Kapitalismus heute? mit Julian Bierwirth, KRISIS

**Montag, 3. November, 19.00 Uhr,
Holbornsches Haus, Rote Straße 34, 37073 Göttingen.**

Moderation: Manfred Sohn, Landesvorsitzender DIE LINKE. Niedersachsen

Kapitalismus abschaffen bedeutet alle Dinge, die als ursächlich für das Leiden in der kapitalistischen Gesellschaft angesehen werden, zu überwinden.

Was macht das kapitalistische Elend aus? Vieles, was wir für selbstverständlich halten, ist tatsächlich erst mit der kapitalistischen Moderne entstanden: Recht und Staat, Warenproduktion via Markt oder Plan, aber auch Rationalität und bürgerliche Subjektivität stehen auf dem Prüfstand. Zudem sind Sexismus und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sind daher ebenso mit der Logik kapitalistischer Formbestimmungen verwoben wie Rassismus, Antisemitismus und Co..

Zum Referenten:

Julian Bierwirth hat Soziologie und Pädagogik in Göttingen studiert, arbeitet in der Jugendbildungsarbeit und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Fragen von Kapitalismus- und Herrschaftskritik. Er ist Mitglied der Gruppe Krisis und veröffentlicht in unterschiedlichen linken Zeitschriften.

Nachfolgend ein kollektiver Diskussionsbeitrag mehrerer VVN-BdA-Kameradinnen und -Kameraden (u.a. aus Göttingen) zur antifaschistischen Positionierung im Ukraine-Konflikt. Da diese Diskussion auch außerhalb der VVN-BdA in verschiedenen linken und antifaschistischen Organisationen derzeit geführt wird, veröffentlichen wir den Beitrag in den Göttinger Blättern, um die lokale Diskussion und Meinungsbildung zu diesem wichtigen Thema zu anzuregen.

► Eine Neutralität im Ukrainekonflikt gibt es nicht

In seinem Beitrag zur Diskussion in der VVN-BdA „Den Bruderstaat gibt es nicht“ (antifa vom Sept./Okt. 2014, Beilage S.2) warnt Mathias Wörsching vor linker Verklärung und Glorifizierung eines imperialen Bonapartisten und Chauvinisten namens Putin. Die russische Großmacht betreibe eine kriegerische Annexionspolitik, die keinen Deut besser sei als die westliche. Ebenso sei dem Bürgerkrieg in der Ukraine keine gerechte Seite abzugewinnen.

Dies sind die zwei wesentlichen Aussagen des Artikels: 1. Russland = Westen; 2. Donezk/Lugansk = Kiew. „Ebenso“ ist dabei das Zauberwort, das die Parteinahme der VVN-BdA in einer schrecklich grauen Welt voller Nationalisten und Faschisten begründen soll. Von seiner Einschätzung Russlands schließt Wörsching umstandslos auf die Situation in der Ukraine und verschreit letztlich jedwede Parteinahme zugunsten der Donezker und Lugansker Volksrepubliken als „ebenso abscheulich“ wie den Interventionismus seitens des Westens und der Kiewer Regierung. Wörsching nimmt die dem „Regime“ Putins zugeschriebenen ideologischen Prämissen und Herrschaftspraktiken zum willkommenen Anlass, die Ostukrainer als „ebenso abscheuliche Faschisten“ wie die westukrainischen Faschisten zu denunzieren und die Solidarität mit den Ostukrainern und ihren als „selbstgemacht“ geschmähten politischen Institutionen zu verwerfen.

Mit solchen gewagten Analogieschlüssen erschwert Wörsching die bitter nötige Debatte in der VVN-BdA. Er verfehlt sogar seinen erklärten Zweck einer solidarischen Kritik an Tendenzen allzu euphorischer Identifikation mit Putin. Denn er benutzt Putin als den Teufel, der die VVN-BdA von der Seite der Donezker und Lugansker Volksrepubliken verschrecken soll, vermischt also absichtsvoll zwei Fragen, um damit im Ukrainekonflikt Partei gegen die notgedrungen staatlich organisierten Antifaschisten in der Ostukraine zu beziehen.

Die VVN-BdA braucht eine Debatte um die Frage, wie Putin und die Russische Föderation einzuschätzen sind. Und die VVN-BdA braucht Klarheit über den Charakter der Bürgerkriegsparteien in der Ukraine. Beide Fragen hängen miteinander zusammen, aber nicht auf die Weise, die Wörsching insinuiert.

Auch in seinem Fazit vermengt Wörsching diese beiden Fragen mit einer ehrenwert scheinenden Absichtserklärung: „Unser Platz ist bei den linken und antifaschistischen Bewegungen in der Ukraine und Russland, so sehr diese momentan auch an den Rand gedrängt sein mögen.“ Das ist allgemein gesprochen durchaus richtig, unterschlägt aber die Unterschiede zwischen der Situation in Russland und in der Ukraine.

Von welchen abscheulichen Gräueltaten der Ostukrainer hat Wörsching wohl gelesen, die einem Ereignis wie dem Massaker von Odessa gleichkämen? Wo wären die Pressemeldungen des Zentralrats der Juden in Deutschland, die über besorgniserregende Vorkommnisse in der Ostukraine berichten, wie sie es über die Westukraine tun? Woher stammt die eingefleischte Gewissheit, dass russischer Nationalismus qualitativ gleichzusetzen wäre mit dem jetzt in der Westukraine entfesselten völkischen Nationalismus in der Tradition der OUN/UPA? Sind Volksrepubliken-Ausrufungen nebst staatlichen Plakatkampagnen gegen Faschismus jetzt „ebenso abscheulich“ wie die Verherrlichung des Stepan Bandera, Tryzub-Tätowierungen und Kampfansagen gegen „russische Barbaren“ und andere „Fremdlinge“? Ist Solidarität mit den Ostukrainern, nur weil sie nicht so adrett und honorig erscheinen, wie die deutsche Zivilgesellschaft sich dünkt, gleich „Putinismus“, sprich „antidemokratisch, ultranationalistisch, militaristisch und patriarchalisch“?

Mit der Unhaltbarkeit seiner zweiten, kaum subtil untergeschobenen Aussage „Donezk/Lugansk = Kiew“ fällt auch die Aussage „Russland = Westen“. Auch Russland mag als kapitalistisches Land

eine Außenpolitik der ‚nationalen Interessen‘ betreiben. Nichtsdestotrotz zeigen die Ereignisse in der Ukraine eindeutig, dass Russland hier aus der Defensive agiert, als Status-quo-Macht und nicht als Aggressor. Deswegen ist Russland auch objektiv an die Seite derjenigen ukrainischen Antifaschisten gedrängt, die sich notgedrungen staatlich organisiert haben.

Man muss das neue Russland nicht lieben, um im Ukrainekonflikt seinen „Platz bei den linken und antifaschistischen Bewegungen in der Ukraine“ zu finden. Aber nicht jeder, der Russland liebt, hat darum schon im Ukrainekonflikt den falschen Platz bezogen.

Mehr noch: Feindseligkeit gegenüber Russland zur Bedingung der richtigen Haltung zum Ukrainekonflikt zu küren, torpediert und sabotiert die antifaschistische Einheit nicht etwa ebenso, sondern ungleich mehr als das in der Tat problematische Einfordern bedingungsloser Solidarität mit „Putin-Russland“ und jeder einzelnen Maßnahme des russischen Staates.

Als organisierte Antifaschisten in der BRD sehen wir uns an der Seite aller von den gegenwärtigen Machthabern in Kiew ihrer demokratischen Rechte beraubten Ukrainer. Unsere Solidarität gilt dabei nicht zuletzt der Kommunistischen Partei der Ukraine und der antifaschistischen Organisation Borotba. Aus der Geschichte wissen wir, dass Verbot, Verfolgung und Zerschlagung kommunistischer Organisationen ein entscheidendes und oft das erste Ziel der äußersten Reaktion auf ihrem Weg in den Faschismus sind. Wir Unterzeichner bitten um Fortführung der Debatte im Sinne der Erarbeitung einer möglichst einheitlichen antifaschistischen Grundposition der VVN-BdA im Ukrainekonflikt bei solidarischer Diskussion der unterschiedlichen Einschätzungen über „Putin-Russland“.

(...) Fortsetzung „9. November“ von Seite 1

Dokumentarfilm „Und plötzlich waren wir Feinde“ gezeigt, in dem es u.a. um die Familie von Ludolf Katz geht.

Ebenfalls im Anschluss an die Gedenkveranstaltung findet ab 19:30 im „Bistro Löwenstein“ (Rote Straße 28) eine Veranstaltung der Jüdischen Kultusgemeinde für Göttingen und Südniedersachsen mit Dr. Cordula Tollmien zum Thema „Das Vermächtnis des Max Raphael Hahn – eine Geschichte über Leben und Tod, mutige Beharrlichkeit und die fortwirkende Kraft der Familientradition“ statt.